

Hdg. Hubert (Sog.): Die für die Höhe der Steuern vorgesehene Skala ist zu hoch. Die Kontingenzsteuer sollte von 10 auf 8 Jahre herabgesetzt werden.

Reichsfinanzminister Graf Röhren: Ich kann versichern, daß in absehbarer Zeit an eine weitere Biersteuer nicht heranzutreten werden wird. Die Regierung betrachtet die Getränkesteuer als wesentlichen Teil der späteren Finanzreform, was jetzt aus praktischen Gründen vorweggenommen wird. Bei der endgültigen Finanzreform bleiben die jetzigen Steuererlöse unberührt.

Bei Paragraph 8 wird auf Antrag Kienast der zweite Absatz gestrichen, wonach die Erhöhung der Steuern für neue Brauereien, die in den ersten fünf Rechnungsjahren auf das dreifache, in den nächsten fünf Rechnungsjahren auf das Doppelte bemessen werden, keine Anwendung auf neue Brauereien finden soll, die von Gastwirten aus gewerkschaftlicher Grundlage errichtet werden. Bei Paragraph 83 wird ein Antrag auf Befreiung der Gemeindeflecker abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird angenommen, ebenso das Gesetz über den Bierzoll.

Am 1 Uhr 30 Min. tritt die Mittagspause ein. Nach der Mittagspause folgt die Beratung der Weinsteuer.

Hdg. Hoffmann, Kaiserslautern (Sog.): Wir lehnen es ab, durch eine derartige Gewaltsteuer einen ganzen Erwerbsstand zu untergraben. Auch diese Steuer fällt auf die breite Masse zu. Wenn die Weinpreise so außerordentlich hoch sind, so wird der Weinbauer seine besten Abnehmer verlieren. Wir lehnen die Weinsteuer ebenfalls ab.

Hdg. Kopsch (f. B.): Wenn die Kommission an eine 20prozentige Weinsteuer herangegangen ist, so geschah dies unter dem starken finanziellen Druck. Meine politischen Freunde stimmen in ihrer überwogenen Mehrheit einer Steuer von 20 Prozent zu, jedoch in der Erwartung, daß, wenn die beklagte Schädigung des Weinhandels und des Weinhandels eintrifft, die Reichsregierung unverzüglich auch ohne Drängen des Reichstages eine Milderung des Weingesetzes und eine Herabsetzung der Weinsteuer in Vorschlag bringen wird.

Hdg. Gaegy (Sog.): Der Wein ist bei uns in Deutschland kein Luxusgetränk, sondern ein Volksgetränk.

Reichsfinanzminister Graf Röhren: Ich kann die in der Kommission abgegebene Erklärung nicht wiederholen, daß die verbündeten Regierungen loyal zu dem zweiten Absatz des Paragraphen 1 seien, wonach der Bundesrat berechtigt wird auf Verlangen des Reichstages herabzusetzen, nach Kriegsende den Steuerfuß für Wein im steuerpflichtigen Wert von nicht mehr als 3 Mark für das Liter auf 16 vom Hundert herabzusetzen. Die verbündeten Regierungen werden die entsprechenden Maßnahmen herbeiführen.

Hdg. Hubert (unabh. Sog.): Im Interesse der Süddeutschen und namentlich der Württemberger Lehnen wir die Vorlage ab.

Hdg. Feuerstein (Sog.): Wir haben keine Weinsteuer, sondern eine Weinaufschlagsteuer in der rohesten Form vor uns. Die Weine bis zu 4 Mark sollten steuerfrei bleiben.

Die Vorlage wird im wesentlichen nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Die Schaumweinsteuervorlage wird in der Kommissionsfassung angenommen. Es folgt die Steuer auf Mineralwasser und künstlich bereitete Getränke, sowie die Jollerhöhung auf Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade.

Hdg. Rud (Sog.): Ich halte mich für verpflichtet, die berechtigten Einwendungen der Konsumenten gegen diese Steuer zur Sprache zu bringen. Wir können auch diesem Gesetzentwurf unsere Zustimmung nicht geben. Kaffee ist kein Nahrungsmittel, aber ein notwendiges Genussmittel.

Hdg. Neumann-Hofer (f. B.): Das Verbot, von der Kommission, die natürlichen Fruchtäfte, im Gegensatz zu den künstlichen, von der Besteuerung freizulassen, halte ich nicht für zweckmäßig. Hier wird eine neue Steuer erhoben.

Ein Antrag Neumann-Hofer (f. B.), die Steuerfüße, die von der Kommission erhöht worden sind, im wesentlichen auf die Höhe der Regierungsvorlage herabzusetzen, und zwar für Mineralwasser von 0,085 auf 0,08, für Mineralbäder und andere künstliche Getränke von 0,15 auf 0,10, für konzentrierte Kunstlimonaden von 1,50 Mark auf 1 Mark und für Grundstoffe zur Herstellung von konzentrierter Kunstlimonade von 80 auf 20 Mark für den Liter findet Annahme. Die Vorlage wird im übrigen nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Es folgt der Gesetzentwurf betreffend eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe.

Hdg. Kaubadel (Sog.): Die Vorlage würde nicht zu einer Erhöhung, sondern zu einer Schwächung der Einnahmen der Reichspost führen. Die Wortfreiheit der Post soll endgültig beseitigt werden. Wir lehnen die Steuer ab.

Die Vorlage findet unveränderte Annahme nach der Kommissionsfassung.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

### Ein Telegramm des Kaisers.

Des Kaisers Zuspruch.

Auf ein Jubiläumstelegramm erhebt Geheimrat Dübberg-Berger in Bonn folgende Antwort des Kaisers:

Großes Hauptquartier. Der ersten Hauptversammlung der Gesellschaft von Freunden und Förderern Wilhelms ersten deutschen Friedrich-Wilhelm-Universität (in Bonn) herzlich Dank für das Gedächtnis der Treue zu Kaiser und Reich. Heil erstreben aus der Finsternis des gewaltigen Völkerringes aller Zeiten die unabwiesliche Kontinuität und die unerschütterliche Dauer.

mit den deutschen Völkern. Noch gelang es unseren heldischen Vorfahren nicht, den feindlichen Vernichtungswillen ganz zu brechen, aber mit unerlöschlicher Zuversicht scharen sich Deutschlands Söhne um ihren obersten Kriegshelden und ihren erprobten Heerführer, dem Vaterlande Leben, Blut und Freiheit endgültig zu erkämpfen und freie Bahn zu friedlicher Entfaltung seiner geistigen und wirtschaftlichen Kräfte zu schaffen. Gott wird mit uns und unserer gerechten, heiligen Sache sein. Wilhelm, L. R.

### Zur Ermordung des Grafen Mirbach

Englische Agitatoren in Tätigkeit.

Zu der Ermordung des deutschen Gesandten Grafen Mirbach sind in Wien folgende Meldungen eingetroffen:

Nach der Flucht der Mörder in das Gebäude, in welchem der in Moskau tagende Kongress der linken Sozialrevolutionäre untergebracht ist, entspannen sich im Laufe der Nacht vom 6. auf den 7. Juli lebhafteste Straßenkämpfe, bei denen erwiesenermaßen englische Agitatoren tätig waren. Die Sowjettruppen haben aber dank ihrem sofortigen scharfen Zusammentreten die Ordnung wiederhergestellt. Die Führer der Sozialrevolutionäre wurden aus dem Kongress heraus verhaftet. Ob die Mörder auch schon gefasst sind, ist nicht bekannt. Gegen Abend des 1. Juli war in Moskau ziemlich Ruhe eingetreten. Artilleriefeuer war nicht zu hören, nur noch planloses zeitweiliges Gewehrfeuer. Die russische Regierung ließ in Flugblättern eine Erklärung verbreiten, in welcher sie die restlose Unterdrückung der ganzen Bewegung in Aussicht stellt und für den Fall des Wiederausbruchs die volle Verantwortung den Sozialrevolutionären überläßt.

Trotz für eine große rote Armee.

Die allrussische Versammlung der Sowjets ist in Moskau am 6. Juli eröffnet worden. Anwesend waren über 800 Abgeordnete, davon 400 Bolschewikis, 300 Sozialrevolutionäre. Trotz hat die Sitzung mit einer Rede über die Notwendigkeit eines großen und starken roten Armees eröffnet und betont, daß man im Falle der allgemeinen Wehrpflicht stehe.

Die Presse meldet: In Petersburg ist die Kriegsgesetz eingeführt worden.

### Eine politische Debatte im preussischen Herrenhause.

Unser Sieg nicht in weiter Ferne.

In der gestrigen Sitzung des Preussischen Herrenhauses erklärte der Staatsminister Dr. Friedberg, das Verständnis, als ob durch die Reden voranwortlicher Stellen im Reichstag (gemeint ist hier die letzte große Rede des Staatssekretärs Dr. von Mühlmann) das Siegesbewußtsein herabgedrückt worden ist, dürfte durch die Rede des Reichslandtags und des Staatssekretärs aufgehoben werden sein. Innerhalb der Reichs- und Staatsregierung kann keine Rede davon sein, daß unsere Siegesüberzeugung irgend wie erschüttert worden ist. Das entspricht auch der Ansicht der Wehrmacht des deutschen Volkes. (Bravo.) Wir haben besiegte Ostern, und wir werden siegen im Westen. Wir sind überzeugt, daß unser Sieg nicht mehr in weiter Ferne ist. (Bravo.) Durch den Krieg wurde es so kommen, daß außerordentlich wichtige und dringende Aufgaben immer mehr in die Hände des Reiches übergehen. Wir werden nicht verhindern können, daß das Reich gewisse Steuerquellen der Bundesstaaten erfährt. Wir müssen unsere ganze Kraft einsetzen, um einheitlich und geschlossen im Innern zu sein. (Zustimmung.) Wenn wir uns gegenseitig mit Vertrauen entgegenkommen, dann wird diese Einigkeit und Entschlossenheit zum Siege des Vaterlandes führen. (Beifall.)

Fürst Salim-Gorsmar: Auf das Wahrscheinlich ist nicht eingehen. Es handelt sich letzten Endes um den Kampf der jüdisch-demokratischen Weltanschauung gegen die deutsch-aristokratische Weltanschauung. Im Grunde mit dem internationalen Judentum steht auch das Freimaurertum.

Herzog von Braunschweig: Ich bedaure, daß in diesem Hause das Dummende von dem Korredner hervorgehoben worden ist. Wir halten uns an die Worte des Kaisers: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!

Staatssekretär a. D. Dernburg: Ich schließe mich dem Korredner vollständig an. Wenn das Herrenhaus im Volke seine Stellung verbessern will, dann muß es in Zukunft sich solche Ausführungen verbitten. Wenn die Wahlvorlage zur Angelegenheit gekommen ist, so ist der Grund dafür, weil sie zu spät gekommen ist.

Graf von Wartenberg: Ein guter Friede ist nur auf dem Schlachtfeld zu erreichen. Unsere ganze innere Politik während des Krieges ist darauf hinausgegangen, daß man der linken Seite vollständige Konzeptionen gemacht hat. Durch das Angreifen der Reichsbehörden in die Verhältnisse Preußens wird der Lebensnerv Preußens berührt. Was die finanziellen Verhältnisse Preußens zum Reich betrifft, so ist zu hoffen, daß die Finanzen durch eine ausgiebige Kriegsentfaltung gebessert werden.

Staatssekretär des Ministeriums Dr. Friedberg: Ich muß der Auffassung widersprechen, daß der preussische Staat durch das Reich majorisiert wird. Wenn gegenwärtig zwei Staatspräsidenten in Preußen sich einstimmen haben, so wird damit die Übereinstimmung der Reichspolitik mit der preussischen Politik erreicht.

von Döberitz-Baumgarten Der Abgeordnete hat dem Reichstag mitgeteilt, daß sich das Reich in preussische Angelegenheiten nicht eingemischt von Raabes hat aber erklärt, daß er mit der preussischen Wahlrechtsreform nicht einverstanden sei.

Herr Salim-Gorsmar: Ich habe geglaubt, die Unmöglichkeit des Volkes auf den Widerstand von Wahlrechtsänderungen zurückzuführen zu sollen. Ich erkenne an, daß unsere jüdischen Mitbürger ihre volle Pflicht getan haben.

Staatssekretär Dr. Hagen: Mirbach verließ einen Gelbpostbrief, in welchem eine Neuordnung der Dinge (Wahlrechtsreform) in der jetzigen Zeit als eine Selbstverständlichkeit bezeichnet wird. Oberbürgermeister Wenzmann, Mühlmann: Die Ausführungen des Fürsten Salim-Gorsmar über die Freimaurerei sind so unerschrocken, daß sie nicht unüberhörbar bleiben können. Die Freimaurerei hat mit dem Reich nichts zu tun. Der Bund steht am Patriotismus und Vaterlandsliebe niemandem nach.

Die allgemeine Besprechung schließt. Beim Haus der Landwirtschaftlichen Verwaltung erklärt Staatssekretär von Waldow: Unser System ist als produktionshemmend bezeichnet worden. Wenn aber der Landwirtschaft Menschenkraft, Pferde und künstlicher Dünger fehlen, so liegt dies nicht am System, sondern es ist eine Kriegsnöwendigkeit. Gemäß wird der erste Artikel sein, der von der öffentlichen Verwaltung befreit sein soll, aber erst dann können wir von der öffentlichen Verwaltung abgeben, wenn die Borräte größer sind, als der Bedarf.

Nach längerer Aussprache über die Ernährungsfragen wird der Haushalt der Landwirtschaftsverwaltung genehmigt.

### Die dunklen Mächenschaften in Oesterreich.

Eine Aufführung.

Auf einer Versammlung im Wiener Rathaus besprach der Hauptschriftleiter der „Reichspost“ Dr. Funder, gebärdete Gerichte und Anschuldigungen, die in Wien kursieren und die Mitglieder und Verwandte des Kaiserhauses nicht aus dem Spiel lassen. Dr. Funder sagte u. a.: Auf zwei Ausstellungen will ich hier zu sprechen kommen, weil sie am hartnäckigsten sich in der Öffentlichkeit behaupten und vielleicht auch von Outgrintem geglaubt werden. Die eine betrifft die beiden Brüder der Kaiserin, die Prinzen Sixtus und Franz Xaver von Parma, die sich im Auslande befinden. Drei Brüder der Kaiserin dienen bekanntlich in der österreichisch-ungarischen Armee. Ich stehe hier, von niemandem beauftragt oder gebeten, sondern nur als ein einfacher freier Mann, dem aber die Sitte rot wird, wenn er sieht, wie man der Wahrheit Gewalt antut. Es ist nicht wahr, daß die beiden Prinzen sich bei Beginn des Krieges auf Seiten Frankreichs geschlagen hätten, um gegen die Mittelmächte zu kämpfen, sondern wahr ist, daß die beiden Prinzen bei Ausbruch des Weltkrieges im Aufnahmestadium in das österreichisch-ungarische Heer getreten sind, aber diese Aufnahme nicht erzielten, und sich darauf dem Liebeswerke des „Roten Kreuzes“ in Gent zur Verfügung stellten. Es ist nicht wahr, daß die beiden Prinzen einmal oder öfter dann später im Kriegsverlaufe aus dem Auslande zu ihrer Familie nach Oesterreich hereingekommen sind und mit dieser Zusammenkünfte in Sietemart oder sonstwo pflegten. Sondern die Wahrheit ist, daß sie nur deshalb zweimal auf kurze Zeit in Oesterreich, ohne ihre Familie aufzusuchen, waren, weil sie Graf Czernin gerufen hatte, da er sie für geeignet befunden hatte, sie mit Bemühungen für die Anbahnung des Friedens zu betrauen. Es war nicht ihre Schuld, daß die Feinde diese Bemühungen zurückgewiesen haben, so wie sie bisher alle Friedensschritte der Staatsmänner der Mittelmächte zurückgewiesen, aber es war nahe liegend gewesen, in einer Zeit, wo die Mittelmächte keine Diplomaten im feindlichen Auslande besaßen, Persönlichkeiten von der Stellung der beiden Prinzen mit Bemühungen für jenes Friedenswerk zu betrauen, das wir alle mit unseren besten Wünschen segnen möchten und dessen Gelingen sicherlich die Dankbarkeit der ganzen Menschheit verdienen würde. Mit derselben Entschiedenheit muß immer wieder festgestellt werden: Der Kaiserbrief zur Anbahnung von Friedensverhandlungen ist seinem Sinn und seinem Inhalte nach von dem verantwortlichen Minister Grafen Czernin veranlaßt worden. Er, Graf Czernin, war es, der hierzu die Person des Prinzen Sixtus ausgewählt hat, und wer der Meinung ist, daß Graf Czernin wahrhaftig kein unfähiger Staatsmann war, der wird auch überzeugt sein, daß Graf Czernin diese Veranlassung des Kaiserbriefes mit dem vollen Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit konnte.

Wichtigste politische Meldungen.

Gus Wiesenbach im Westen. Der gestrige Abendbericht der Herleitung lautet: Südwestlich von Moskau wurden französische Zeilangriffe abgewiesen. Derliche erfolgreiche Kämpfe bei Chateau-Thierry.

Zustangriff auf Toulon. Toulon und Umgebung wurden während mehrere Nächte durch treffende deutsche Flieger mit einer großen Zahl von Geschossen aus geringer Höhe beschossen. Ueber die Zahl der Toten und Verwundeten schwanken die Angaben. Die Verfolgung war ergebnislos.

Eine Unterredung mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten. Der neue bulgarische Ministerpräsident, Wallnow, gab dem Vertreter der „Wolfschen Zeitung“ in Sofia folgende Erklärung ab: Wir haben diesen Krieg gemeinsam begonnen und werden ihn gemeinsam fortführen und beenden. Ich habe meine Überzeugung zur Bündnistreue bereits in vielfältiger Form betont, aber ich habe an, es als einen politischen Wahnsinn für jeden bulgarischen Vorkrieg zu bezeichnen, auch nur einen Augenblick den Gedanken an eine Unterbrechung unserer Politik aufkommen zu lassen. Glauben Sie mir, daß ich es für eine der wichtigsten Aufgaben halte, unsere verbündeten Völker einander näher zu bringen. Die Völker müssen sich kennen und verstehen. Ich bin überzeugt, daß man auch in Berlin den gleichen Grundgedanken hegt, den ich vertrete: Offensivität und Kufriktigkeit. Der Ministerpräsident ging dann auf die italische bulgarische Streitfrage ein und erklärte: Würde die Türkei wirklich wegen ihrer Unfähigkeit in der Dobruja glauben, Kräfte zu haben zu können, so würden wir auf ihrer Annahme von ihr